Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1916

Mr. 20.

Inhalt: Geseh, betressend die Erhöhung der Zuschläge zur Sinkommensteuer und zur Ergänzungsteuer, S. 100. — Erlaß des Staatsministeriums, betressend Anwendung des vereinsachten Enteignungsversschreibe bei der Erweiterung der Fabrikausagen der Plantawerke, Aktiengesellschaft für Kohlensabrikation, in Natibor, S. 111. — Bekanntmachung, betressend die Genehmigung der Notwerordnung vom 11. Dezember 1915 über die Anderung der Verordnung, betressend die Förderung des Wiederausdaues der durch den Krieg zersörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen, vom 19. Januar 1915 durch die beiden Häuser des Landtags, S. 111. — Bekanntmachung, betressend die Genehmigung der Verordnung vom 1. Mai 1916 über die Sicherstellung der zum Wiederaussaus im Kriege zersörter Gebäube gewährten Staatsdarlehen durch die beiden Häuser des Landtags, S. 112. — Bekanntmachung der nach dem Geseh vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter verössentlichten landesherrlichen Erlasse, Urkunden usw., S. 112.

(Mr. 11521.) Gefetz, betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer. Vom 8. Juli 1916.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§ 1.

Für die Zeit vom 1. April 1916 bis zum Beginne besjenigen Etatsjahrs, für das ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Staatshaushalt in Kraft tritt, jedoch nicht über das Etatsjahr 1917 hinaus, werden für die Einkommenstenerpflichtigen mit Einkommen von mehr als 2 400 Mark und für die Ergänzungssteuerpflichtigen die nach § 8 des Gesetzs, betreffend die Bereitstellung von Mitteln zu Diensteinkommensverbesserungen, vom 26. Mai 1909 (Gesetzamml. S. 85) zu erhebenden Steuerzuschläge, wie folgt, festgeset:

bei der Einkommensteuer: bei der Einkommensteuer: für die Aktien gesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Berggewert schaften auf:	für bie fonstigen Steuerpstichtigen auf:										
von mehr als 2 400 bis 3 000 Mark 15	8										
2 000 " 3 000 " 25	12										
2000 " 5000 " 25	16										
» » 5 000 » 6 500 » 30	20										
" " 6500 » 8000 » 40	25										
	26										
Gesetsammlung 1916. (Nr. 11521 — 11524.)											
Ausgegeben zu Berlin den 17. Juli 1916.											

£ 5	Gin ham		jet i	für ble Attlen- gesellschaften, Rommanditgesell- schaften auf Atten und Berggewert	für bie fonstigen Steuerpflichtigen auf:							
in ben					schaften auf:	30						
	von	mehr	ale					Mark	50			
	"	"	"	9 500) »	125	00	"	60	35		
	"	"	2)	12.500) »	155	00	>>	70	40		
	, 1	*	"	15 500) »	185	00	>>	80	45		
	"	»	">	18 500) »	215	00	»	90	50		
	,	*	>>	21 500) »	24 5	00	»	90	55		
	»	*	>>	24 500) »	27 5	00	»	100	60		
	,	>>	"	27 500) »	305	00	»	110	65		
	>>	"	>>	30 500) »	480	00	"	120	70		
	,,	"	.))	48 000) »	60 0	00	*	130	75		
	y	>>	2)	60 000) »	700	00	»	140	80		
	"	"	"	70 000) »	80 0	00	»	140	85		
	. »	>>	2)	80 000) »	90 0	00	"	150	90		
	"	"	"	90 000) »	100 0	00	"	150	95		
	»	"	>>	100 000) Ma	irt			160	100,		
bei der Ergänzungssteuer: auf 50												

Prozent der zu entrichtenden Steuer.

\$ 2

Sollte am 1. April 1918 der Krieg (§ 1) noch fortbauern und bis dahin ein neues Geseh über die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer nicht zustande gekommen sein, so verlängert sich die Gültigsteit dieses Gesehes um ein weiteres Etatsjahr.

§ 3.

Während der Dauer der Erhebung der Zuschläge nach § 1 ist am Schlusse sedes Etatsjahrs aus dem Gesamtaufkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer ein Betrag von 100 Millionen Mark zu entnehmen und zur Deckung der Fehlbeträge des Etatsjahrs 1914 und der nächstfolgenden Etatsjahre zu verwenden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 8. Juli 1916.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bethmann Hollweg. v. Trott zu Solz. v. Breitenbach. Befeler. Sydow. Lențe. v. Loebell. v. Jagow. (Nr. 11522.) Erlaß bes Staatsministeriums, betreffend Anwendung bes vereinfachten Enteignungsverfahrens bei der Erweiterung der Fabrikanlagen der Planiawerke, Aktiengesellschaft für Kohlenfabrikation, in Ratibor. Vom 30. Juni 1916.

uf Grund des § 1 der Allerhöchsten Berordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsversahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 (Gesehsamml. S. 159) mit Nachträgen vom 27. März 1915 (Gesehsfamml. S. 57) und vom 25. September 1915 (Gesehsfamml. S. 141) wird bestimmt, daß das vereinfachte Verschwen bei dem von den Planiawerten, Altiengesellschaft für Kohlenfabrikation, in Ratidor auszuführenden, durch Erlaß des Staatsministeriums vom 24. Junid. J. mit dem Enteignungsrecht ausgestatteten Unternehmen der Erweiterung der Fabrikanlagen in der Gemarkung der Stadt Ratidor stattsindet.

Berlin, den 30. Juni 1916.

Das Staatsministerium.

v. Breitenbach. Befeler. Sydow. v. Trottzu Solz. Lenge. v. Loebell.

(Nr. 11523.) Bekanntmachung, betreffend die Genehmigung der Notverordnung vom 11. Dezember 1915 über die Anderung der Verordnung, betreffend die Förderung des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen, vom 19. Januar 1915 durch die beiden Häuser des Landtags. Vom 8. Juli 1916.

er auf Grund des Artikel 63 der Verkassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 erlassenen Vervrdnung vom 11. Dezember 1915 (Gesetzsamml. S. 167) über die Anderung der Vervrdnung, betressend die Förderung des Wiederausbaues der durch den Krieg zerstörten Ortschaften in der Provinz Ostpreußen, vom 19. Januar 1915 haben die beiden Häuser des Landtags die versassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Berlin, ben 8. Juli 1916.

Das Staatsministerium.

v. Breitenbach. Beseler. v. Trott zu Solz. Frhr. v. Schorlemer. Lenke. v. Loebell. (Nr. 11524.) Bekanntmachung, betreffend die Genehmigung der Verordnung vom 1. Mai 1916 über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen durch die beiden Häuser des Landtags. Vom 13. Juli 1916.

Der auf Grund des Artikel 63 der Verkassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 erlassenen Verordnung vom 1. Mai 1916 über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen (Gesehsamml. S. 45) haben die beiden Häuser des Landtags die verkassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Berlin, den 13. Juli 1916.

Das Staatsministerium.

Befeler. Frhr. v. Schorlemer. v. Loebell. Helfferich.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) ist bekannt gemacht:

ber auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 16. August 1914 (Gefetsfamml. S. 153) ergangene Erlaß des Staatsministeriums vom 24. Juni 1916, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die Planiawerse, Alkiengesellschaft für Kohlenfabrikation, in Ratibor zur Erweiterung der Fabrikanlagen in der Gemarkung der Stadt Ratibor, durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung in Oppeln Nr. 27 S. 324, ausgegeben am 1. Juli 1916.

Mebigiert im Bureau bes Staatsministeriums. — Berlin, gebruckt in ber Neichsbruckerei. Bestellungen auf einzelne Stucke ber Preußischen Gesehsammlung und auf die Haupt-Sachregister (1806 bis 1883 zu 6,25 M und 1884 bis 1913 zu 4,60 M) sind an die Postanstalten zu richten.